

«Wachstum braucht mehr Energie»

Doris Leuthard Für allfällige Gaskombikraftwerke soll es aber keine Sonderbehandlung geben

Sollte sich die Energie deutlich verteuern, könnte man sich laut Volkswirtschaftsministerin Leuthard eine ökologische Steuerreform nochmals überlegen. Einen Alleingang in Europa sieht sie aber nicht. Sie hofft, dass die Schweiz beim EU-Zertifikatshandel mitmischen kann. Dann gäbe der EU-Raum bei der CO₂-Reduktion als Inland.

MATHIAS KÜNG
Frau Bundesrätin, was hat der neuste Klimabericht bei Ihnen ausgelöst?

Bundesrätin Doris Leuthard: Er hat bestätigt, was mir schon lange bewusst ist. Nämlich, dass wir die Klimaproblematik nicht ignorieren dürfen. Wir müssen versuchen, mit einer geschickten Anreizstrategie die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern oder mindestens einzudämmen. Für die Zeit nach Kyoto 2012 werden die Weichen aber neu gestellt.

Die Klimazukunft ist eng verknüpft mit Energie- und CO₂-Politik. Finden wir zeltgerechtere einen Weg, der dem Klima nützt?

Leuthard: Ich bin Optimistin. Ich glaube, dass wir etwas bewirken können. Die Schweiz hat sich im Kyoto-Protokoll zur Verminderung der CO₂-Emissionen verpflichtet. Dies ist ein Erfolgsbeispiel. Es geht jetzt darum, Staaten, die sich bisher nicht besonders hervorgetan haben, für die Klimaproblematik zu sensibilisieren und bewusst zu machen, dass der Energieverbrauch international in den Griff zu bekommen ist.

Danken Sie an bestimmte Industrieländer an aufstrebende Schwellenländer oder an beide Kategorien?

Leuthard: Wir müssen beide im Auge haben. Klar, wenn ein Land wachsen will, braucht es mehr Energie. Erst recht, wenn man der Bevölkerung einen gewissen Lebensstandard ermöglichen will. Deswegen sind die wachsenden Märkte beson-

Insgesamt wollen wir eine Stabilisierung des Energieverbrauchs

ders gefordert, nicht nur möglichst schnell ihr Bruttoinlandsprodukt zu steigern, sondern intelligent zu wachsen, damit die Umwelt nicht auf der Strecke bleibt.

Wirtschaftswachstum war bisher verknüpft mit Energieverbrauchs-zuwachs. Kann man diese beiden entkoppeln?

Leuthard: Das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco hat sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Wir sind klar zum Schluss gekommen: Wenn man wachsen will, hat dies zusätzlichen Energiebedarf zur Folge. Es gilt bisher die Regel, dass 1 zusätzlicher BIP-Prozent 1,5 bis 1,8 Prozent mehr Energie erfordert. Die Überlegung, nicht mehr zu wachsen, nur um den Energieverbrauch einzudämmen, kann ich als Volkswirtschaftsministerin nicht unterstützen. Wir wollen und müssen wachsen.

Also fordert Wachstum auch künftig mehr Energie?

Leuthard: Vielleicht kann man den Verbrauchszuwachs eindämmen, indem man intelligentere Technologien nutzt. Wir werden die Energieeffizienz stark steigern. Und es geht darum, beschränkt vorhandene Ressourcen wie das Öl durch andere Energieträger zu ersetzen, etwa durch einheimische, erneuerbare Energien. Viele Massnahmen zum Energiesparen, etwa im Gebäudereich, haben aber einen Zusatzverbrauch an Strom zur Folge. Insgesamt wollen wir aber eine Stabilisierung des Energieverbrauchs.

Effizienz steigern – könnte dies helfen, die berühmte ineffiziente Glühbirne aus dem Verkehr zu ziehen? Leuthard: Der Bundesrat wird diese Massnahme prüfen. Sie scheint mir

sinnvoll. Man darf sich davon aber keinen zu grossen Stromspareffekt versprechen. Ideen zum Stand-by-Verbrauch oder zum Einsatz effizienterer Geräte sind sinnvoll. Doch Strom macht nur einen Viertel unseres Energieverbrauchs aus. Das viel grössere Effizienzsteigerungspotenzial ist im Gebäudereich. Mit Altbauenerneuerung kann man sehr viel herausholen.

Beispielsweise?

Leuthard: Beispielsweise ist zu prüfen, ob die steuerlichen Anreize für Investitionen noch verbessert werden können. Oder ob wir wie andere Staaten im Energiebereich (etwa für neue Heizungen) Direktlizenzen festlegen wollen. Hier ist die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Ich setze zusätzlich auf Innovationen, etwa in der Gebäudedämmung.

Der Verkehr ist auch im Visier des Klimaschutzers. Unterstützen Sie die Idee eines Bonus-Malus-Systems beim Fahrzeug-Import?

Leuthard: Bürgerinnen und Bürger sollen weiterhin eigenverantwortlich entscheiden können, wie sie fahren wollen. Bonus-Malus-Systeme sind von der Idee her gut, weil sie den Konsumenten die Wahl lassen. Das ist mir viel lieber als Verbote. Derzeit wird die Mineralölsteuer-Gesetzgebung revidiert. Künftig wird beim Benzin die Beimischung von Bioethanol zugelassen. Auch damit versuchen wir, den Verbrauch von Erdöl und die Emissionen zu verringern. Damit senken wir auch unsere Auslandsabhängigkeit. Zudem erwarte ich im Verkehr in den nächsten Jahren technologische Verbesserungen in einem grösseren Ausmass, die ebenfalls zur Energieeffizienz beitragen.

Der freiwillige Klimarappen soll helfen, die CO₂-Bilanz des Verkehrs zu verbessern. Glauben Sie, dass er die Klimastürme übersteht oder gibt es bald eine integrale CO₂-Abgabe?

Leuthard: Wir haben die freiwilligen Massnahmen als wesentlichen Teil des CO₂-Gesetzes klar unterstützt. Dazu gehört auch der Klimarappen. Der Bundesrat hat lediglich für Brennstoffe die CO₂-Abgabe verlängert. Für die Zeit nach Kyoto 2012 werden die Weichen aber neu gestellt. Entweder wie bisher mit Freiwilligkeit oder gerade im Verkehrs-bereich mit zusätzlichen Anreizen. Sobald der Klimabericht des Uwek vorliegt, wird der Bundesrat all dies diskutieren. Material kann ich mich dazu noch nicht äussern.

Soll die CO₂-Abgabe eine Lenkungsabgabe bleiben oder sollen deren Ertrag wie beim Klimarappen zum Beispiel für Energieeffizienz eingesetzt werden?

Leuthard: Der Bundesrat hat die CO₂-Abgabe ganz klar als Lenkungsabgabe konzipiert. Wenn man den Zweck ändern und das Geld nicht mehr an die Bevölkerung rückerstatten sollte, würde sie zu einer Steuer mutieren. Aus Sicht der Steuerquote wäre das nicht zu begrüssen. Davon haben wir bisher abgesehen, weil wir bei den Menschen eine Verhaltensänderung erwarten. Dieser Zweck wird völlig vereitelt, wenn wir daraus eine Steuer machen.

Bleiben wir bei den Steuern. Sehen Sie langfristige eine Chance für eine ökologische Steuerreform?

Leuthard: Vom Ansatz her ist die CO₂-Abgabe der Beginn einer solchen Reform. Bisher haben Bundesrat und Parlament eine ökologische Steuerreform verworfen. Sollte sich die Energie deutlich verteuern, könnte man sich das nochmals überlegen. Sie hätte aber Auswirkungen auf energienintensive Betriebe und deren Wettbewerbsfähigkeit. Insbesondere dann, wenn die Schweiz völlig eigene Wege gehen sollte.

Sie sollte also...?

Leuthard: Die Schweiz sollte sich energiekonzeptionell möglichst mit Europa im Gleichschritt bewegen. Auch was die Ziele betrifft, etwa beim CO₂-Beim-Zertifikatshandel versus dem wir uns an die EU anzubinden. Dann

könnten wir Investitionen zur CO₂-Reduktion vermehrt dort tätigen, wo sie am meisten bringen.

Bisher gilt, dass das CO₂-mehrheitlich im Inland gespart werden muss – im Wissen, dass es ein Mehr-faches kostet.

Leuthard: Das ist nicht besritten. Aber wenn wir beim EU-Zertifikats-handel mitmachen könnten, dann gäbe der EU-Raum als Inland, weil wir einen gemeinsamen Binnenmarkt bekämen. Dann verändert sich natürlich dieser Anteil.

Das wäre dann die Chance für Gaskombikraftwerke.

Leuthard: Der Bundesrat sagt klar: Es ist nicht unsere Sache, gewisse Energieförmern zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Alle müssen für ihre Kosten aufkommen. Bei Gaskombikraftwerken heisst dies, dass sie den CO₂-Ausstoss voll kompensieren müssen. Auf welche Art, wird zu diskutieren sein. Für allfällige Gaskombikraftwerke gibt es keine Sonderbehandlung.

Gaskombikraftwerke werfen uns in den Nach-Kyoto-Zielen zurück

Bald wird der Bundesrat sagen müssen, wie es nach Kyoto weitergeht. Kann er überhaupt eine grossere neue CO₂-Reduktion versprechen, falls Gaskombikraftwerke gebaut werden?

Leuthard: Das ist die grosse Krux. Gaskombikraftwerke werfen uns in den Nach-Kyoto-Zielen zurück. Das ist ein Faktum. Es ist aber wichtig, sich nach 2012 neue Ziele zu setzen und alles zu tun, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Wir sind ja auch ein Tourismusland, das zu einem grossen Teil von seinen grossartigen Alpenlandschaften und Gletschern lebt. Wir haben also ein ureigenes Interesse, unsere Anstrengungen zu verstärken und nicht etwa zu schwächen.

Selbst das ehrgeizigste Szenario des Uwek postuliert neue Stromproduktionskapazitäten. In der Öffentlichkeit wird dies auf die Frage Gas- oder Kernkraftwerke reduziert. Was braucht die Schweiz?

Leuthard: Der Bundesrat ist für die kurz- und langfristige Energieversorgungssicherheit der Schweiz verantwortlich. Welche Energie eingesetzt wird, ist Sache der Privatswirtschaft. Es ist aber klar, dass wir bald neue Kapazitäten für Strom brauchen. In Berücksichtigung aller Umstände werden wir wahrscheinlich kurzfristige Versorgungsprobleme haben. Gaskombikraftwerke könnten eine Möglichkeit sein, diese zu überbrücken. Die Kernenergie ist für den Bundesrat notwendig, weil sie in grosser Menge verlässliche Bandenergie liefert. Für ausreichende Alternativen haben wir derzeit keine anderen technologischen Ansätze.

Also neue KW?

Leuthard: Der Bundesrat handelt pragmatisch. Weder verteuert noch begünstigt er die Kernenergie. Er ist sich ihrer Risiken bewusst und weiss, dass die Entsorgungsfrage noch offen ist. Er weiss aber auch, dass mindestens drei KW bis 2020 vom Netz gehen dürften. Dafür müssen wir vorausschauend Lösungen finden. Wir setzen die Rahmenbedingungen so, dass für Investoren die Wahl offen ist. Dazu gehört auch die Kernenergie.

Es gibt den Alternativvorschlag, stattdessen Strom von nord-deutschen Offshore-Windanlagen zu importieren.

Leuthard: Windenergie hat in Staaten mit grossem Windaufkommen ihre berechtigte hohe Bedeutung. Der Wind weht aber nicht 24 Stunden im Tag und nicht das ganze Jahr hindurch. Wenn Windstromimport möglich ist, bringt dies eine sinnvolle Diversifizierung des Strommixes. Aber ich glaube nicht, dass wir soviel Windstrom bekommen, um auf die Kernenergie verzichten zu können.

